

## Bundespokalschreiben 2007 – Praktikerklasse 2

### Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Seit ihrer Gründung in den 50er-Jahren hat die Europäische Union durch eine gemeinsame Handelspolitik, durch Entwicklungshilfe	1/4
und durch zahlreiche Handels- und Kooperationsabkommen mit einzelnen Ländern oder regionalen Zusammenschlüssen ihre Beziehungen zur übrigen Welt ausgebaut. Die Europäische Union hat in den 70er-Jahren begonnen, Bedürftigen weltweit humanitäre Hilfe zu leisten. Seit 1993 hat sie im Rahmen des Maastrichter Vertrages eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, damit sie gemeinsame Maßnahmen ergreifen kann, wenn es um die Interessen der Europäischen Union insgesamt geht. Die Verteidigungs-	1/2
politik ist ein zunehmend wichtiger Aspekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und die Europäische Union bemüht sich um die Aufrechterhaltung der Stabilität in der ganzen Welt. Bei der Behandlung wichtiger Themen wie beispielsweise Terrorismus und internationale Kriminalität sowie bei globalen Fragen wie der Umweltproblematik arbeitet die Europäische Union mit anderen Ländern und internationalen Organisationen eng zusammen. Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union vollzieht sich auf zwei Ebenen. Zum einen beteiligt sich die Europäische Union innerhalb der Welthandelsorganisation aktiv an der Aufstellung von Regeln für das multilaterale Welthandelssystem. Zum anderen handelt die Europäische Union mit Ländern oder regionalen Zusammenschlüssen bilaterale Handelsabkommen aus. Die ursprünglich schwerpunktmäßig auf Afrika ausgerichtete Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit wurde Mitte der 70er-Jahre auf Asien, Lateinamerika und die südlichen und östlichen Mittelmeerländer ausgeweitet. Ziel ist immer, im Partnerland nachhaltiges Wachstum und Entwicklung zu fördern. Die Europäische Union hat großes Interesse daran, ihre Partner zu unterstützen und dazu anzuhalten, ihren Erfolg und Wohl-	3/4
	1. Min (160)
	1/4
	1/2
	3/4
	2. Min (180)
	1/4
	1/2
	3/4
	3. Min (200)
	1/4

stand zu steigern. Bei den Abkommen der Europäischen Union mit ihren Partnern weltweit geht es nicht nur um Handel und traditionelle finanzielle und technische Hilfe, sondern auch um wirt-	1/2
schaftliche und andere Reformen sowie um die Unterstützung von Infrastruktur-, Gesundheits- und Bildungsprogrammen. Darüber hinaus liefern diese Abkommen einen Rahmen für den politischen	3/4
Dialog und enthalten Bestimmungen, die es der Europäischen Union ermöglichen, den Handelsverkehr oder die Hilfe auszusetzen oder zu beenden, wenn das Partnerland Menschenrechte ver-	4. Min (220)
letzt. Darüber hinaus hat die Europäische Union im Jahre 2003 beschlossen, neue Abkommen nur dann abzuschließen, wenn sich die Partner verpflichten, keine Massenvernichtungswaffen zu verbreiten. Die Euro-	1/4
päische Union muss sicherstellen, dass die verschiedenen Aspekte ihrer Außenpolitik miteinander harmonisieren und eine eindeutige Gesamtbotschaft vermitteln. In diesem Sinne hat sie im Jahre	1/2
1999 einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Im Juni 2004 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Grundsatz auf die	3/4
Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers. Die Europäische Union fördert die Wahrung der Menschenrechte im In- und Ausland. Den Schwerpunkt legt sie dabei auf bürgerliche, politische, wirtschaft-	5. Min (240)
liche, soziale und kulturelle Rechte. Außerdem bemüht sie sich um die Förderung der Rechte von Frauen und Kindern sowie von Minderheiten und Vertriebenen. Die Menschenrechte sind Bestandteil der Handels- und Kooperationsabkommen	1/4
der Europäischen Union mit ihren Partnern und eine Vorbedingung für Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen. Gegen mehrere Länder hat die Europäische Union in den letzten Jahren wegen	1/2
Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt. Ferner unterstützt die Europäische Union finanziell zahlreiche Maßnahmen zur Verteidigung der Menschenrechte, wie etwa die Europäische Initiative für Demo-	3/4
kratie und Menschenrechte. Die Erkenntnis, dass ein starkes Europa in der Welt als Einheit auftreten muss, hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermuntert, bei der Entwicklung eines außenpolitischen Konzeptes zusammenzu-	6. Min (260)

arbeiten. Dabei wurden im Laufe der Jahre langsam, aber ständig Fortschritte erzielt. Der erste Schritt war Anfang der 50er-Jahre der letztlich erfolglose Versuch der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Union, eine Europäische	1/4
Verteidigungsgemeinschaft einzurichten. Darauf folgte der im Jahre 1970 eingeleitete Prozess der sogenannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit, mit der die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu aktuellen außenpoli-	1/2
tischen Fragen koordiniert werden sollten. In den letzten 15 Jahren hat die Europäische Union große Anstrengungen unternommen, international eine politische und sicherheitspolitische Rolle zu spielen, die stärker ihrem	3/4
wirtschaftlichen Status entspricht. Die Konflikte, die nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 in Europa ausgebrochen sind, haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union von der Notwendigkeit wirksamer	7. Min (280)
gemeinsamer Maßnahmen überzeugt. In jüngerer Zeit hat die Bekämpfung des internationalen Terrorismus diese Überzeugung verstärkt. Der Grundsatz einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde im Jahre 1992 im Maastrichter	1/4
Vertrag festgeschrieben. Wenige Monate später brach im ehemaligen Jugoslawien der Krieg aus. Die Europäische Union versuchte erfolglos eine politische Lösung der Krise zu vermitteln. Da die Europäische Union nicht über eigene	1/2
militärische Kräfte verfügt, konnten ihre Mitgliedstaaten nur im Rahmen der Vereinten Nationen und der NATO aktiv werden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und der Konflikte in Afrika in den 90er-Jahren einigten sich die Mitgliedstaaten der Euro-	3/4
päischen Union innerhalb des Gesamtenrahmens der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In diesem Rahmen können Militär- oder Polizeikräfte in Krisenregionen entsandt werden.	8. Min (300)

## Bundespokalschreiben 2007 - Meisterklasse

### Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

Seit ihrer Gründung in den 50er-Jahren hat die Europäische Union durch eine gemeinsame Handelspolitik, durch Entwicklungshilfe und durch zahlreiche Handels- und Kooperationsabkommen mit einzelnen Län-	1/4
dern oder regionalen Zusammenschlüssen ihre Beziehungen zur übrigen Welt ausgebaut. Die Europäische Union hat in den 70er-Jahren begonnen, Bedürftigen weltweit humanitäre Hilfe zu leisten.	1/2
Seit 1993 hat sie im Rahmen des Maastrichter Vertrages eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, damit sie gemeinsame Maßnahmen ergreifen kann, wenn es um die Interessen der	3/4
Europäischen Union insgesamt geht. Die Verteidigungspolitik ist ein zunehmend wichtiger Aspekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und die Europäische Union bemüht sich um die Förderung und	1. Min (250)
Aufrechterhaltung der Stabilität in der ganzen Welt. Bei der Behandlung wichtiger Themen wie beispielsweise Terrorismus und internationale Kriminalität sowie bei globalen Fragen wie der Umweltproblematik arbeitet die Euro-	1/4
päische Union mit anderen Ländern und internationalen Organisationen eng zusammen. Die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union vollzieht sich auf zwei Ebenen. Zum einen beteiligt sich die Euro-	1/2
päische Union innerhalb der Welthandelsorganisation aktiv an der Aufstellung von Regeln für das multilaterale Welthandelssystem. Zum anderen handelt die Europäische Union mit Ländern oder regionalen Zusam-	3/4
menschlüssen bilaterale Handelsabkommen aus. Die ursprünglich schwerpunktmäßig auf Afrika ausgerichtete Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit wurde Mitte der 70er-Jahre auf Asien, Lateinamerika und die südlichen und östlichen	2. Min (275)
Mittelmeerländer ausgeweitet. Ziel ist immer, im Partnerland nachhaltiges Wachstum und Entwicklung zu fördern. Die Europäische Union hat großes Interesse daran, ihre Partner zu unterstützen und dazu anzuhelfen, ihren Erfolg und Wohlstand zu steigern. Bei	1/4
den Abkommen der Europäischen Union mit ihren Partnern weltweit geht es nicht nur um Handel und traditionelle finanzielle und technische Hilfe, sondern auch um wirtschaftliche und andere Reformen sowie um die Unterstützung von Infrastruktur-, Gesundheits-	1/2

und Bildungsprogrammen. Darüber hinaus liefern diese Abkommen einen Rahmen für den politischen Dialog und enthalten Bestimmungen, die es der Europäischen Union ermöglichen, den Handelsverkehr oder die Hilfe auszusetzen oder zu beenden, 3/4

wenn das Partnerland Menschenrechte verletzt. Darüber hinaus hat die Europäische Union im Jahre 2003 beschlossen, neue Abkommen nur dann abzuschließen, wenn sich die Partner verpflichten, keine Massenvernichtungswaffen zu verbreiten. Die Europäische 3. Min (300)

Union muss sicherstellen, dass die verschiedenen Aspekte ihrer Außenpolitik miteinander harmonisieren und eine eindeutige Gesamtbotschaft vermitteln. In diesem Sinne hat sie im Jahre 1999 einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik 1/4

ernannt. Im Juni 2004 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Grundsatz auf die Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers. Die Europäische Union fördert die Wahrung der Menschenrechte im In- und Ausland. Den Schwerpunkt legt sie dabei 1/2

auf bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Außerdem bemüht sie sich um die Förderung der Rechte von Frauen und Kindern sowie von Minderheiten und Vertriebenen. Die Menschenrechte sind Bestandteil der Handels- und Kooperationsabkommen der Euro- 3/4

päischen Union mit ihren Partnern und eine Vorbedingung für Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen. Gegen mehrere Länder hat die Europäische Union in den letzten Jahren wegen Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt. Ferner unterstützt die 4. Min (325)

Europäische Union finanziell zahlreiche Maßnahmen zur Verteidigung der Menschenrechte, wie etwa die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Die Erkenntnis, dass ein starkes Europa in der Welt als Einheit auftreten muss, hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union 1/4

ermuntert, bei der Entwicklung eines außenpolitischen Konzeptes zusammenzuarbeiten. Dabei wurden im Laufe der Jahre langsam, aber ständig Fortschritte erzielt. Der erste Schritt war Anfang der 50er-Jahre der letztlich erfolglose Versuch der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Union, eine 1/2

Europäische Verteidigungsgemeinschaft einzurichten. Darauf folgte der im Jahre 1970 eingeleitete Prozess der sogenannten Europäischen Politischen Zusammenarbeit, mit der die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu aktuellen außenpolitischen Fragen koordiniert werden sollten. 3/4

<p>In den letzten 15 Jahren hat die Europäische Union große Anstrengungen unternommen, international eine politische und sicherheitspolitische Rolle zu spielen, die stärker ihrem wirtschaftlichen Status entspricht. Die Konflikte, die nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989</p>	5. Min (350)
<p>in Europa ausgebrochen sind, haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union von der Notwendigkeit wirksamer gemeinsamer Maßnahmen überzeugt. In jüngerer Zeit hat die Bekämpfung des internationalen Terrorismus diese Überzeugung verstärkt. Der Grundsatz einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-</p>	1/4
<p>politik wurde im Jahre 1992 im Maastrichter Vertrag festgeschrieben. Wenige Monate später brach im ehemaligen Jugoslawien der Krieg aus. Die Europäische Union versuchte erfolglos eine politische Lösung der Krise zu vermitteln. Da die Europäische Union nicht über eigene</p>	1/2
<p>militärische Kräfte verfügt, konnten ihre Mitgliedstaaten nur im Rahmen der Vereinten Nationen und der NATO aktiv werden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und der Konflikte in Afrika in den 90er-Jahren einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union innerhalb des</p>	3/4
<p>Gesamtenrahmens der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In diesem Rahmen können Militär- oder Polizeikräfte in Krisenregionen entsandt werden, um humanitäre Einsätze und sogar friedensschaffende Maßnahmen durchzuführen. Die Europäische Union ist die größte</p>	6. Min (375)
<p>Handelsmacht der Welt und wickelt 20 % der weltweiten Importe und Exporte ab. Freihandel zwischen ihren Mitgliedstaaten hat vor knapp 50 Jahren zur Gründung der Europäischen Union geführt. Sie verhandelt heute mit ihren Partnern über die Öffnung des Warenhandels und des Dienstleistungsverkehrs. Die Europäische Union will Entwicklungsländern</p>	1/4
<p>helfen, indem sie ihnen einen besseren Zugang zu ihren Märkten verschafft und die erforderliche Zeit gewährt, um ihre eigenen Märkte für europäische Waren zu öffnen. Gleichzeitig reformiert die Europäische Union ihre Agrarpolitik, was auch den Entwicklungsländern zugute kommen wird. Die Europäische Union ist der Auffassung,</p>	1/2
<p>dass die Globalisierung für alle, auch für die Entwicklungsländer, wirtschaftliche Vorteile bringen kann, sofern auf multilateraler Ebene geeignete Regeln aufgestellt und Anstrengungen unternommen werden, die Entwicklungsländer in den Welthandel einzubeziehen. Die Europäische Union hat im Laufe der Zeit ein Netz bilateraler Handels-</p>	3/4

abkommen mit einzelnen Ländern und Regionen in der ganzen Welt aufgebaut. Die Erweiterung der Europäischen Union auf inzwischen 27 Mitglieder gibt ihr insbesondere gegenüber ihren Nachbarn in Osteuropa und im Mittelmeerraum als Handelspartner zusätzliches Gewicht. Die transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten	7. Min (400)
Staaten von Amerika ist eine zentrale Komponente der Außenbeziehungen der Europäischen Union. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union haben viele gemeinsame Werte und Interessen, wenngleich ihre Schwerpunktsetzung und ihre Konzepte bisweilen voneinander abweichen. Angesichts des Umfangs ihres bilateralen	1/4
Handelsverkehrs ist es nicht überraschend, dass zwischen beiden von Zeit zu Zeit Meinungsverschiedenheiten auftreten. Sie beziehen sich jedoch auf weniger als 2 % des gesamten transatlantischen Handelsvolumens. Die Art und Weise, wie die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam Probleme des Wettbewerbsrechts oder der gegenseitigen Aner-	1/2
kennung technischer Standards gelöst haben, war auch Vorbild für die Beziehungen der Europäischen Union zu anderen Ländern wie etwa Japan und Kanada. Mit Kanada hat die Europäische Union im Jahre 2004 mehrere Initiativen zur Vertiefung ihrer Beziehungen eingeleitet. Eine Initiative betrifft die Entwicklung der Grundzüge	3/4
für eine Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Kanada bei der Lösung globaler Probleme, eine andere die Aushandlung eines neuen Abkommens zur Intensivierung von Handel und Investitionen zwischen beiden Seiten. Zwar sind China und Japan die größten Handelspartner der Europäischen Union in Asien, doch besteht die längste Partnerschaft	8. Min (425)
der Europäischen Union mit den sieben Mitgliedern der Vereinigung südostasiatischer Nationen. Diese Beziehungen begannen im Jahre 1972 und wurden im Jahre 1980 in einem Kooperationsabkommen verankert. Auf Initiative der Vereinigung südostasiatischer Nationen wurden die Beziehungen zur Euro-	1/4
päischen Union im Rahmen der sogenannten Asien-Europa-Zusammenkunft erweitert, an der unter anderem auch Japan und China teilnehmen. Gipfeltreffen der Asien-Europa-Zusammenkunft finden alle zwei Jahre statt. In den letzten Jahren hat die Europäische Union ihre Beziehungen zu Japan intensiviert. Ein im Jahre 2001 angenommener Aktionsplan	1/2

erweitert das Spektrum der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Japan und der Europäischen Union über Handel und Investitionen hinaus auf politische und kulturelle Angelegenheiten. Die meisten ausländischen Direktinvestitionen in Japan kommen inzwischen aus Europa, und Europa erhält aus Japan die meisten ausländischen Investitionen. In Anbetracht der

3/4

zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union und Chinas als globale politische Akteure sind die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China in den letzten Jahren dynamisch gewachsen, wobei der politische Dialog, der Abschluss von Abkommen und institutionelle Austauschmaßnahmen im Vordergrund stehen. Handelspolitisch gesehen ist China inzwischen nach

9. Min  
(450)

den Vereinigten Staaten von Amerika und vor Japan der zweitgrößte Handelspartner der Europäischen Union außerhalb Europas. Für Indien ist die Europäische Union der wichtigste Handelspartner. Seit dem Jahre 2000 verbessern sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten ständig und umfassen inzwischen nicht nur den Handel, sondern auch den politischen Dialog, die kulturelle Zusammenarbeit

1/4

und gemeinsame Forschungsprojekte. Für die Länder Lateinamerikas ist die Europäische Union der zweitwichtigste Handelspartner. Die meisten Direktinvestitionen in den Ländern Lateinamerikas kommen aus der Europäischen Union. Alle zwei Jahre finden zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas Gipfeltreffen statt. Alle lateinamerikanischen Länder sind mit

1/2

der Europäischen Union inzwischen entweder als Gruppen oder einzeln durch Assoziations-, Kooperations- oder Handelsabkommen verbunden. Neben ihren traditionellen Verbindungen zu vielen afrikanischen Ländern hat die Europäische Union einen Dialog mit der Afrikanischen Union aufgenommen. Dabei geht es vor allem um die Vermeidung und Lösung von Konflikten sowie

3/4

die Unterstützung der Bemühungen der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent durch die Europäische Union. Die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Afrika umfasst auch die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration sowie den Handel, die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie.

10. Min  
(475)